

Zehn Thesen zur Asylkrise

von Felix Menzel

Ein Jahr nach ihrem Mantra »Wir schaffen das« steht Bundeskanzlerin Angela Merkel vor den Scherben ihrer Asylpolitik. Die CDU verliert flächendeckend Stimmen, doch ein Umdenken ist nicht in Sicht: Die Situation spitzt sich zu und droht, außer Kontrolle zu geraten. Die Asylkrise sollte deshalb zum Anlaß genommen werden, um eine grundsätzliche innen- und außenpolitische Wende zu diskutieren. Dazu zehn Thesen:

I. Merkel hat es nicht geschafft, einen Maßstab festzulegen, wann Deutschland zur Flüchtlingsaufnahme verpflichtet sei. Die Menschenrechte taugen dafür nicht. Wir sollten deshalb über ein menschliches Minimum nachdenken und danach das Ausmaß und die Methoden unserer humanitären Hilfe bestimmen.

Das in der Bundesrepublik Deutschland im Grundgesetz festgehaltene Asylrecht sollte der reibungslosen Aufnahme von Ostblockdissidenten im Kalten Krieg dienen. Seit der Wende von 1989 steht unser Land jedoch vor vollkommen anderen Herausforderungen: Schutzsuchend sind vor allem politisch Verfolgte, Kriegs- und Wirtschaftsflüchtlinge sowie hungernde Menschen aus Afrika und dem erweiterten Nahen Osten. Bei weiter Auslegung des Asylrechts, die das Bundesverfassungsgericht mit seinen Urteilen ab 1959 auf den Weg gebracht hat, müßte Deutschland im Zweifelsfall einigen Milliarden Menschen Asyl gewähren. Dies ist unmöglich, und das muß politisch und rechtlich auch zum Ausdruck gebracht werden. Statt mit dem Verweis auf die allgemeinen Menschenrechte unerfüllbare Erwartungen zu befördern, muß sich die Idee des menschlichen Minimums an den biologischen Grundbedürfnissen orientieren, die tatsächlich bei allen Menschen gleich sind. Die Flüchtlingsunterbringung würde in einem solchen Fall direkt in der Krisenregion in Exilstädten stattfinden.

Am 4. Februar 1959 entschied das Bundesverfassungsgericht erstmals zugunsten einer weiten Auslegung des Grundrechts auf Asyl. Bis dato bedeutete das Asylrecht nur, »daß der politisch Verfolgte nicht ausgeliefert wird« (Hermann von Mangoldt). Das BVerfG erklärte dagegen, jeder könne als politisch verfolgt eingestuft werden, der in einem Staat lebt, der von den »Grundsätzen freiheitlicher Demokratie« abweicht.

II. Seit Ausbruch der Asylkrise ist es noch nicht einmal gelungen, die Fluchtursachen richtig zu benennen. Bei der Bekämpfung der Überbevölkerung anzusetzen, ist dabei der einzig sinnvolle Weg.

Despotien, Hunger, Armut, soziale Ungerechtigkeit und Kriege sind nur Oberflächenphänomene und Folgen des rasanten Bevölkerungswachstums der Welt. Es gilt dabei eine einfache Gleichung: mehr Menschen = mehr Kriege = mehr Flüchtlinge. Vor den Zuständen in ihren Herkunftsländern können jedoch nur diejenigen fliehen, die dazu körperlich und finanziell in der Lage sind. Das derzeitige Einwanderungsasylrecht unterstützt damit gerade die Menschen, die am wenigsten Hilfe benötigen. Die 800 Millionen Hungerleidenden aber, von denen jeden Tag rund 30000 sterben, geraten in Vergessenheit. Den Allerschwächsten vor Ort zur Selbsthilfe zu verhelfen und zugleich Maßnahmen gegen die Überbevölkerung einzuleiten, wäre daher eine Maxime, die mit dem menschlichen Mini-

mum in Einklang steht. Alle anderen denkbaren Handlungsoptionen, die darauf abzielen, Frieden, Wohlstand, Demokratie und das westliche Freiheitsdenken global durchzusetzen, haben sich dagegen als utopisch erwiesen und die Lage fast immer verschlimmert.

III. Ein erfolgreicher Kampf gegen Überbevölkerung, Armut und Hunger würde einen »Migrationsbuckel« verursachen. Deshalb ist es im Interesse aller, wenn sich Europa abschottet und Zuwanderung generell verhindert.

Ein steigendes Pro-Kopf-Einkommen in den ärmsten Ländern der Welt führt bei vielen dieser Aufsteiger zu dem Wunsch und der Fähigkeit, auszuwandern. In der Wissenschaft ist dann von einem »Migrationsbuckel« die Rede. Erst, wenn ein Land ein relativ hohes Entwicklungsniveau erreicht hat, wollen die Menschen dauerhaft in ihrer Heimat bleiben und ihre erworbenen Fähigkeiten zum Nutzen des eigenen Landes einsetzen. Sowohl für Europa als auch Afrika und den erweiterten Nahen Osten ist es deshalb das Beste, sogar die Migrationen der klügsten Köpfe einzudämmen, um sie in ihrer Heimat zu halten.

Im jordanischen Flüchtlingslager Zaatari leben ca. 80000 Menschen. Es entstehen Kosten in Höhe von 500.000 US-Dollar pro Tag. Das bedeutet, daß auf ein Jahr hochgerechnet ein Flüchtlingsplatz knapp über 2000 Euro kostet. Zum Vergleich: In Deutschland fallen pro Asylbewerber jährliche Unterbringungskosten von ca. 12.500 Euro pro Person an – inkl. Integrationsmaßnahmen dürfte man auf knapp 20.000 Euro pro Jahr kommen.

IV. Jeder, der illegal einreist, muß automatisch – ohne Asylverfahren – in das zuvor bereiste Land oder nach Möglichkeit in sein Herkunftsland zurückgeschoben werden.

Weder die Europäische Union noch die Nationalstaaten mit europäischer Außengrenze (Italien, Griechenland, Bulgarien ...) haben es bisher geschafft, eine funktionierende Grenzsicherung aufzubauen, an der illegale Einwanderer konsequent abgewiesen werden. In diesem Jahr haben genauso wie 2015 erneut über 100000 Menschen mit dem Boot Italien erreicht. Über 4000 dieser Flüchtlinge kamen im Laufe des letzten Jahres bei ihrer gefährlichen Migration ums Leben. Dieses Massensterben wird erst enden, wenn Bootsflüchtlinge noch nicht einmal mehr Asyl in Europa beantragen dürfen und es den westlichen Hilfsorganisationen verboten wird, sie 20 Kilometer vor der libyschen Küste abzuholen.

V. »Echte« Flüchtlinge müssen fair über Europa verteilt werden. Voraussetzung dafür ist aber eine Abkehr von der Willkommenskultur.

Europa hat für das de facto gescheiterte Dublin-System, wonach Asylbewerber ihren Antrag im ersten Land stellen müssen, das sie betreten, bisher keinen adäquaten Ersatz gefunden. Wer glaubt, die Südeuropäer mit dem Problem der Masseneinwanderung allein lassen zu können, sollte sich nicht wundern, wenn diese Staaten irgendwann dazu übergehen, die Neuankommlinge illegal durchzuwinken. Gerade die kleineren Staaten in Europa werden allerdings nur bestimmte Kontingente aufnehmen, wenn es dafür eine klar benannte Obergrenze gibt. Tschechien etwa wehrt sich zu Recht dagegen, die von Deutschland regelrecht angeworbenen »Flüchtlinge« aufzunehmen. Das heißt: Statt jeden unkontrolliert einwandern zu lassen und die Gesamtzahl dann gerecht verteilen zu wollen, müssen die Nationalstaaten ertragbare Kontingente aufnehmen, um den Exilstädten in den Krisenregionen etwas von ihrer Last abzunehmen.

VI. Ökonomisch betrachtet, ist Flüchtlingshilfe in Deutschland kurz- und langfristig am teuersten. Mit einem Bruchteil des hierzulande eingesetzten Geldes ließe sich in den Herkunftsregionen der Migranten wesentlich effizienter helfen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß sie bis 2020 pro Jahr ca. 20 Milliarden Euro für die Integration der Asylbewerber benötigt. Das Kieler Institut für Weltwirtschaft kommt im negativsten Szenario sogar auf jährliche Kosten in Höhe von bis zu 55 Milliarden Euro. Erwirtschaften muß dieses Geld die deutsche Bevölkerungsmehrheit. Orientiert man sich dagegen an den Kosten für das Flüchtlingslager im jordanischen Zaatari, könnte man mit dem Geld, das die Bundesregierung gegenwärtig für Asylbewerber ausgibt, in der Region um Syrien fast zehnmal so vielen Menschen helfen wie in Deutschland.

VII. Aus Machterhaltungsgründen werden es die politisch Verantwortlichen nicht zu einer Wiederholung der Asylkrise kommen lassen. Die Ideologie der Elite dürfte sich dennoch nicht durch den erlitte-

nen Realitätsschock verändert haben, weshalb zu befürchten ist, daß die Überfremdung schleichend weitergeht.

Das Ausmaß der Asylkrise 2015 war die Folge eines Kontrollverlustes, der auf ideologischer Borniertheit beruhte (offene Grenzen, Fachkräftemangel, Multikulturalismus, Gleichheit aller Menschen). Man wollte bis zu 500000 Einwanderer pro Jahr von außerhalb Europas anwerben (Bertelsmann-Stiftung) und bei Erreichen dieser Schallmauer keinen Gesichtsverlust riskieren. Im Krisendiskurs wurde daraufhin aus der gewollten Zuwanderung ein angeblich völlig unvorhersehbares Naturereignis, mit dessen Folgen nun eben jeder leben müsse. Der Reparaturbetrieb der Politik reagierte darauf – wie immer – mit einem technokratischen »Sofortprogramm«, das dabei helfen soll, die finanziellen und sicherheitspolitischen Risiken abzufedern.

VIII. Die technokratische Logik der bundesdeutschen Elite impliziert zwar, daß die Nationalität eines Menschen keine Rolle spiele. Nichtsdestotrotz wird die Bundesrepublik in den nächsten Jahren alles daran setzen, um sowohl für Deutsche als auch Ausländer eine Verhaltensnormierung durchzusetzen, die ein friedlich-anonymes Nebeneinander erlaubt.

Im August kündigte Innenminister Thomas de Maizière (CDU) eine Verschärfung der Sicherheitsgesetze an. Unter anderem ist mehr Personal für die Sicherheitsbehörden vorgesehen, kriminelle Ausländer sollen schneller abgeschoben werden und Terroristen ihren Doppelpaß verlieren. Was zunächst lediglich nach einer Besänftigung des Wahlvolkes klingt, ist Teil einer perfiden Doppelstrategie zur Verhaltensnormierung von Deutschen und Ausländern: Während de Maizière dafür zu sorgen hat, ein Minimum an Innerer Sicherheit aufrechtzuerhalten, setzt Justizminister Heiko Maas (SPD) seinen Kampf gegen rassistische Meinungsverbrechen (»Haßkriminalität«) fort. Diese »Zuckerbrot-und-Peitsche«-Taktik hat einen multi-kulturellen Überwachungsstaat zum Ziel, der einzig und allein das friedliche Zusammenleben der unterschiedlichsten Ethnien in Deutschland gewährleisten könnte. Freiheitlich zu sein, können sich dagegen nur halbwegs homogene Staaten leisten.

IX. Ausgelöst durch die Asylkrise schreitet die ethnische, soziale und politische Zersplitterung voran. Das Chaos in Deutschland nimmt weiter zu, doch das »reinigende Gewitter« fällt aller Wahrscheinlichkeit nach aus.

Wie es in Deutschland weitergehen könnte, erkennt man am ehesten, wenn man sich in Gegenden umschaute, wo das multikulturelle Experiment bereits gescheitert ist: Detroit, die amerikanische Großstadt mit dem höchsten Anteil an Schwarzen, ist z.B. 2013 insolvent gegangen. Was war passiert? Die größtenteils weiße Mittelschicht floh zwischen 2000 und 2010 aus der Stadt in das Umland. Seitdem leben in Detroit über 80 Prozent Schwarze, die überproportional häufig arm sind. Die Konsequenzen der Insolvenz mußten hauptsächlich sie ertragen, während sich diejenigen, die früh genug wegzogen, der Verantwortung entziehen konnten. In Deutschland ist ein ähnliches Szenario absehbar: Wer es sich leisten kann, wird vor den Zuständen in der multikulturellen Gesellschaft in »Gated communities« fliehen, seine Kinder auf Privatschulen schicken, gefährliche Orte meiden und seine Finanzen so ordnen, daß der Staat darauf nicht zugreifen kann.

X. Patriotischer Widerstand wirkt!

Aus dem Erzgebirgskreis (Sachsen) sind 2015 zwei Drittel aller Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung nach Westdeutschland umgezogen. Insgesamt ist davon die Rede, daß bis zu 30 Prozent der Asylbewerber in den neuen Bundesländern wieder »verschwunden« seien, um sich einen anderen Wohnort zu suchen. Zum einen liegt dies an den Netzwerken der Migranten in Westdeutschland, zum anderen aber wohl auch an der einwanderungskritischen Stimmung im Osten. Langfristig dürfte dies zu einer weiteren Überfremdung Westdeutschlands und dem Erhalt von Rückzugsräumen für Deutsche zwischen Ostsee und Erzgebirge führen. Das zeigt: Wer mit einer starken Gemeinschaft im Rücken für seine Heimat kämpft, kann zumindest das Schlimmste verhindern. Bei allem Weiteren muß man auf das unendlich unwahrscheinliche Szenario eines größeren Umbruchs hoffen. ■

Literaturhinweise

Paul Collier: *Exodus. Warum wir Einwanderung neu regeln müssen*, München 2014;

Institut für Staatspolitik: *Ansturm auf Europa. Ist das Grundrecht auf Asyl noch zeitgemäß?*, (= *Wissenschaftliche Reihe* Bd. 24), Schnellroda 2014;

Felix Menzel: *Die Ausländer. Warum es immer mehr werden*, Chemnitz 2015;

ders./Pierre Aronnax: *Der vertagte Bürgerkrieg. Frieden, Brutalität und Chaos in der totalitären Moderne*, Chemnitz 2016;

David Miller: *National Responsibility and Global Justice*, Oxford 2008;

Paul Scheffer: *Die Eingewanderten. Toleranz in einer grenzenlosen Welt*, München 2008;

Gespräch mit dem Migrationsforscher Kay Hailbroner: »Werden für unbegrenzte Einwanderung zahlen müssen«, welt.de vom 2. August 2016.